

Protokoll 116. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 25. November 2020, 17.00 Uhr bis 22.20 Uhr, in der Halle 7 der Messe Zürich

Vorsitz: Präsidentin Helen Glaser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Susanne Brunner (SVP), Mélissa Dufournet (FDP), Nicole Giger (SP), Markus Kunz (Grüne), Thomas Schwendener (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1.		Mitteilungen	
2.	2017/163 *	Weisung vom 07.06.2017: Motion der SP-, Grüne-, GLP-, AL-Fraktionen betreffend Erarbeitung eines Masterplans für das Gebiet Adlisberg zur Sicherung der Erholungsflächen für die Stadtbevölkerung und zum Schutz der Lebensräume von Pflanzen und Tieren, Bericht und Abschreibung	VHB VTE SSD
3.	<u>2020/465</u> *	Weisung vom 28.10.2020: Immobilien Stadt Zürich, Schauspielhaus, Quartier Hottingen, Modernisierung Pfauen, Projektierungskredit, Abschreibung einer Motion	VHB STP
4.	2020/506 *	Weisung vom 18.11.2020: Kultur, Cabaret, Voltaire, Beiträge 2021–2024	STP
5.	2020/470 * E	Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL- Fraktion sowie der Parlamentsgruppe EVP vom 28.10.2020: Transparenz betreffend Finanzierung von städtischen Parteien und städtischen Abstimmungs- und Wahlkampagnen	STP
6.	2020/497 * E	Postulat von Dr. Pawel Silberring (SP) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 11.11.2020: Rollstuhlgängige Umgestaltung des Bahnhofs Brunau	VTE
7.	2020/499 * E	Postulat von Sebastian Vogel (FDP) und Hans Dellenbach (FDP) vom 11.11.2020: Vollständige Untertunnelung der Bucheggstrasse zwischen Wehntalerstrasse und Bucheggplatz	VTE

8.	2020/500	* E	Postulat von Olivia Romanelli (AL), Brigitte Fürer (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden vom 11.11.2020: Schutz und Erhalt der Biodiversität, Ergänzung der Verwaltungsverordnung über die naturnahe Pflege und Bewirtschaftung städtischer Grün- und Freiflächen	VTE
9.	2020/414	* E/A	Postulat von Martina Zürcher (FDP) und Ernst Danner (EVP) vom 23.09.2020: Entfernung der Abstimmungs-Banner im öffentlichen Raum	VTE
10.	2020/101		Weisung vom 01.04.2020: Stadtkanzlei, Abschreibungsanträge Postulate, Geschäftsjahr 2019	STR
11.	2020/339		Weisung vom 19.08.2020: Sozialdepartement, Suchtfachstelle Zürich, Beiträge 2021–2024	VS
12.	2019/208		Weisung vom 22.05.2019: Immobilien Stadt Zürich, Theaterhaus Gessnerallee, Quartier Altstadt, Ausbau des Nordflügels / Stall 6, Erhöhung Objekt- kredit, Erhöhung Einnahmeverzicht	VHB STP
13.	2020/252		Weisung vom 17.06.2020: Tiefbauamt, Sponsoringbeitrag und Teilnahme am Urban Bike Festival, jährlich wiederkehrende neue Ausgaben für die Jahre 2021–2025	VTE
14.	2020/299		Weisung vom 08.07.2020: Tiefbauamt, Investitionsbeitrag an die Kosten der Einhausung Schwamendingen und die Verbreiterung der Unterführung Saat- lenstrasse, neuer Verpflichtungskredit aufgrund wesentlicher Zweckänderung	VTE
15.	2020/336		Weisung vom 19.08.2020: Kultur, Subventionsvertrag zwischen der Stadt Zürich und der Tonhalle-Gesellschaft Zürich AG	STP
16.	2020/278		Weisung vom 01.07.2020: Kultur, Trägerverein Theater PurPur, Beiträge 2021–2024	STP
17.	2020/279		Weisung vom 01.07.2020: Kultur, Association «Quarz» Genève (Schweizer Filmpreis und «Woche der Nominierten»), Beiträge 2021–2024	STP
18.	2020/280		Weisung vom 01.07.2020: Kultur, Theater HORA/Stiftung Züriwerk, Beiträge 2021–2024	STP
19.	2020/354		Weisung vom 26.08.2020: Kultur, Verein Collegium Novum Zürich, Beiträge 2021–2024	STP

21.	2018/517		Interpellation von Elisabeth Schoch (FDP), Christian Huser (FDP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 19.12.2018: Gründung des Vereins «Made in Zürich Initiative», Hintergründe zur Entstehung des Vereins, seines Budgets und zum finanziellen Engagement der Stadt sowie Erläuterungen der verfolgten Ziele und Begründung des nicht erfolgten Einbezugs der Gewerbevereine	STP
22.	2019/64		Interpellation der FDP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 06.02.2019: Zahlen zu den erleichterten Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern in der Stadt und zu den Personen, die die Anforderungen erfüllen sowie möglicher Handlungsbedarf zur Motivierung der anspruchsberechtigten Personen	STP
23.	2019/131		Interpellation der GLP-Fraktion vom 03.04.2019: Bündelung der Zuständigkeit für Verkehrsfragen, Vor- und Nachteile sowie Synergiepotential eines Departements für Mobilität	STP
24.	2019/195	E/A	Postulat von Christine Seidler (SP) und Isabel Garcia (GLP) vom 15.05.2019: Entwicklung des Rollen- und Aufgabenverständnisses der Verwaltung bei der Umsetzung der Smart-City-Strategie	STP
25.	2019/244	E/A	Motion von Nadia Huberson (SP), Përparim Avdili (FDP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 05.06.2019: Kostenlose Einbürgerung für junge Erwachsene bis zum 25. Altersjahr, Änderung der Verordnung über die Gebühren für die Aufnahme in das Bürgerrecht der Stadt	STP

^{*} Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

3222. 2020/522

Ratsmitglied Dubravko Sinovcic (SVP); Rücktritt

Die Ratspräsidentin gibt den Rücktritt von Dubravko Sinovcic (SVP 1+2) auf den 30. November 2020 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

3223. 2020/510

Postulat von Florian Utz (SP), Selina Walgis (Grüne) und 12 Mitunterzeichnenden vom 18.11.2020:

Weiterführung der Kunststoff-Sammlung in Höngg und Schwamendingen

Florian Utz (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 2. Dezember 2020 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

3224. 2020/513

Postulat von Sebastian Vogel (FDP) und Elisabeth Schoch (FDP) vom 18.11.2020: Strategie für den Bereich Kunststoff-Sammlung und Plastik-Recycling in verstärkter Zusammenarbeit mit privaten Anbietern

Sebastian Vogel (FDP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 2. Dezember 2020 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3225. 2020/526

Erklärung der SVP-Fraktion vom 25.11.2020: Handlungsbedarf zur Bekämpfung von islamistischem Extremismus

Namens der SVP-Fraktion verliest Tobias Baggenstos (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Der islamistische Terror rückt immer näher

Gestern griff in Lugano eine mutmassliche Islamistin mit einem Messer zwei Frauen brutal an. Die Medien berichten von einem «Blutbad». Die SVP weist seit Jahren auf die islamistische Terrorgefahr hin - auch in unserer Stadt. Der Stadtrat spielte bislang die Terrorgefahr herunter. Nun ist endlich entschiedenes Handeln auf allen Staatsstufen gefordert.

Gemäss Medienberichten rief die mutmassliche Islamistin während des gestrigen Anschlages «Allahu Akbar« («Gott ist grösser»). Bereits im letzten September kam es in der Westschweiz zu einer tödlichen Messerattacke. Damals erstach ein türkisch-schweizerischer Doppelbürger einen Mann auf offener Strasse. Gegen diesen Attentäter führt die Bundesanwaltschaft seit Oktober 2019 ein Verfahren wegen möglicher Verbindung zum Islamischen Staat (IS) oder zur Al Kaida. Die Terrorgefahr war also längst bekannt.

Und in der Stadt Zürich? Bereits im Jahr 2016 gab der Stadtrat an, er wisse, dass sich Schüler Hinrichtungsvideos des Islamischen Staates (IS) anschauen und die Propagandafilme weiterverbreiten. Auch würden die entsprechenden Jugendlichen in den sozialen Medien IS-Flaggen «liken». Der Stadtrat stellte damals fest, dass die erwähnten Handlungen möglicherweise strafrechtlich relevant sind. Der Islamische Staat ist in der Schweiz verboten.

Auch musste sich der Stadtrat in der Vergangenheit mehrmals zur islamistischen Gruppierung «Lies» äussern. Trotz Nähe zum Jihadismus gab der Stadtrat an, dass er keinen Handlungsbedarf sehe. Worauf der Journalist des Jahres 2014 und fundierter Kenner des Syrienkonflikts, Kurt Pelda, feststellte: «Während die Stadt Zürich der Aktion <Lies!» einen Persilschein ausstellt, verbreiten die Aktivisten Propaganda für die Terroristen des Islamischen Staats.»

Auch im Interesse der vielen friedlichen Muslime muss nun endlich genau hingeschaut und auf allen Staatsstufen gehandelt werden. Der islamistische Terror ist eine reale Gefahr – auch wenn dies der rot-grüne Stadtrat anders sehen mag.

Geschäfte

3226. 2017/163

Weisung vom 07.06.2017:

Motion der SP-, Grüne-, GLP-, AL-Fraktionen betreffend Erarbeitung eines Masterplans für das Gebiet Adlisberg zur Sicherung der Erholungsflächen für die Stadtbevölkerung und zum Schutz der Lebensräume von Pflanzen und Tieren, Bericht und Abschreibung

Neuzuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 23. November 2020

3227. 2020/465

Weisung vom 28.10.2020:

Immobilien Stadt Zürich, Schauspielhaus, Quartier Hottingen, Modernisierung Pfauen, Projektierungskredit, Abschreibung einer Motion

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 23. November 2020

3228. 2020/506

Weisung vom 18.11.2020:

Kultur, Cabaret Voltaire, Beiträge 2021–2024

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 23. November 2020

3229. 2020/470

Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion sowie der Parlamentsgruppe EVP vom 28.10.2020:

Transparenz betreffend Finanzierung von städtischen Parteien und städtischen Abstimmungs- und Wahlkampagnen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3230. 2020/497

Postulat von Dr. Pawel Silberring (SP) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 11.11.2020:

Rollstuhlgängige Umgestaltung des Bahnhofs Brunau

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3231. 2020/499

Postulat von Sebastian Vogel (FDP) und Hans Dellenbach (FDP) vom 11.11.2020: Vollständige Untertunnelung der Bucheggstrasse zwischen Wehntalerstrasse und Bucheggplatz

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3232. 2020/500

Postulat von Olivia Romanelli (AL), Brigitte Fürer (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden vom 11.11.2020:

Schutz und Erhalt der Biodiversität, Ergänzung der Verwaltungsverordnung über die naturnahe Pflege und Bewirtschaftung städtischer Grün- und Freiflächen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3233. 2020/414

Postulat von Martina Zürcher (FDP) und Ernst Danner (EVP) vom 23.09.2020: Entfernung der Abstimmungs-Banner im öffentlichen Raum

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Martina Zürcher (FDP) vom 18. November 2020 (vergleiche Beschluss-Nr. 3191/2020)

Die Dringlicherklärung wird von 47 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

3234. 2020/101

Weisung vom 01.04.2020:

Stadtkanzlei, Abschreibungsanträge Postulate, Geschäftsjahr 2019

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Die in der Beilage (Abschreibungsanträge Postulate, Geschäftsjahr 2019, Anträge der Departemente) aufgeführten Postulate werden abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Detailantrag

Die GPK beantragt nachfolgende Postulate abzuschreiben:

2. Präsidialdepartement

Postulat GR Nr. 2009/328

Einreichende Jacqueline Badran und Andreas Ammann (beide SP)
Titel Erhebung von Anzahl und Grösse der Zweitwohnungen in

der Stadt Zürich

Postulat GR Nr. 2015/363

Einreichende SVP-, FDP-, GLP-, und CVP-Fraktionen

Titel Städtische Kulturpolitik, Verwendung einer aussagekräfti-

geren Kennzahl für die Kommunikation des Nettoaufwands

Postulat GR Nr. 2015/388

Einreichende Christina Schiller und Walter Angst (beide AL)

Titel Ausrichtung eines Infrastrukturbeitrags an den Trägerver-

ein Art-Dock für die Zwischennutzung der noch stehenden

Hallen des Güterbahnhofs

Postulat GR Nr. 2016/61

Einreichende Rebekka Wyler (SP) und Ezgi Akyol (AL)

Titel Aufbau einer Städtepartnerschaft mit der Stadt Diyarbakir

in der Südosttürkei

Postulat GR Nr. 2016/179

Einreichende Adrian Gautschi und Guido Trevisan (beide GLP)

Titel Prüfung und allfällige Auflösung der bestehenden Städte-

partnerschaften

Postulat GR Nr. 2016/406

Einreichende Linda Bär (SP) und Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Titel Kostenloser Eintritt an einem Tag pro Monat in die von der

Stadt finanziell unterstützen Museen

Postulat GR Nr. 2018/63

Einreichende Corina Gredig und Guy Krayenbühl (beide GLP)

Titel Ermöglichung von zivilen Trauungen in der ganzen Stadt

Postulat GR Nr. 2018/157

Einreichende SP-, Grüne-, GLP- und CVP-Fraktionen

Titel Einführung einer AusländerInnen-Initiative als Instrument

für die Mitwirkung von Ausländerinnen und Ausländern mit einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung

3. Finanzdepartement

Postulat GR Nr. 2012/175

Einreichende Daniel Meier (CVP) und Florian Utz (SP)

Titel Abgabe von städtischem Land nur für als Erstwohnsitz

genutzten Wohnraum

Postulat GR Nr. 2013/417

Einreichende SP-Fraktion, SVP-Fraktion, FDP-Fraktion, GLP-Fraktion

und CVP-Fraktion

Titel Areal Bienenstrasse 45, Erstellung eines Gewerbehauses

Postulat GR Nr. 2014/69

Einreichende Duri Beer (SP) und Peider Filli (Grüne)

Titel Revision des Art. 16 der Ausführungsbestimmungen

zum städtischen Personalrecht (AB PR) betreffend der städtischen Personalvermittlung als Folge von Reorganisa-

tionen und aus gesundheitlichen Gründen

Postulat GR Nr. 2016/95

Einreichende Shaibal Roy und Guido Hüni (beide GLP)

Titel Erwerb des Kasernenareals vom Kanton Zürich oder

Nutzung des Areals im Baurecht

Postulat GR Nr. 2016/134

Einreichende Michael Kraft und Ursula Näf (beide SP)

Titel Unterstützung der ehrenamtlichen Mitarbeit in gemeinnützi-

gen, sozial tätigen Organisationen mit bezahlten Urlaubstagen für städtische Angestellte, Anpassung der Ausfüh-

rungsbestimmungen zum Personalrecht (AB PR

Postulat GR Nr. 2017/338

Einreichende Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Gabriela

Rothenfluh (SP)

Titel Pilotprojekt für eine vermehrte Berücksichtigung von Men-

schen mit Behinderungen bei Stellenbewerbungen und einer Belastung der Stellenpläne entsprechend der Leistung

Postulat GR Nr. 2017/339

Einreichende Grüne-Fraktion und AL-Fraktion

Titel Baurechtsvertrag mit der FIFA im Sonnenberg, Neuver-

handlung für einen Restaurationsbetrieb im mittleren Preis-

segment

Postulat GR Nr. 2017/51

Einreichende SP-, FDP-, Grüne-, GLP- und CVP-Fraktion

Titel Schaffung einer Richtlinie über die Public Corporate Gover-

nance

Postulat GR Nr. 2017/424 Einreichende GLP-Fraktion

Titel Abbau von 10 Stellenwerten in den zentralen Verwaltun-

gen und den Stabsstellen der Dienstabteilungen

Postulat GR Nr. 2018/41

Einreichende Corina Gredig und Isabel Garcia (beide GLP)

Titel Schaffung eines digitalen Portals für die behördlichen

Dienstleistungen nach dem «One-Stop-Shop»-Prinzip

Postulat GR Nr. 2018/481

Einreichende Mischa Schiwow (AL) und Marianne Aubert (SP)

Titel Nutzung des Migros-Provisoriums an der Kreuzstrasse in

Zürich-Hottingen als Quartier- und Begegnungszentrum so-

wie als Übungs- und Veranstaltungsort

4. Sicherheitsdepartement

Postulat GR Nr. 2008/157

Einreichende Rudolf Kuhn (SP)

Titel Rousseaustrasse, Senkung der zulässigen Höchstge-

schwindigkeit

Postulat GR Nr. 2011/98

Einreichende Marc Bourgeois (FDP) und Guido Trevisan (GLP)

Titel Ausschluss der Teilnahme von uniformierten Angehörigen

der Stadtpolizei Zürich an politischen Versammlungen,

Kundgebungen oder Propaganda

Postulat GR Nr. 2011/360

Einreichende Gian von Planta (GLP) und Katrin Wüthrich (SP)

Titel Einführung von Tempo 30 auf der Hardturmstrasse zwi-

schen den beiden Verzweigungen mit der Förrlibuckstrasse

Postulat GR Nr. 2016/418 Einreichende AL-Fraktion

Titel Entschädigung von Sicherheitsaufwendungen der religiö-

sen und kulturellen Gemeinschaften

Postulat GR Nr. 2016/437

Einreichende Andreas Egli und Marcel Müller (beide FDP)

Titel Schutz von religiösen und kulturellen Gemeinschaften vor

gewalttätigen Angriffen durch eine Verlagerung des

Schwergewichts der Polizeieinsätze

Titel

Postulat GR Nr. 2016/461

Einreichende Pawel Silberring (SP) und Christian Traber (CVP)

Sicherere Gestaltung des Fussgängerübergangs über die Titel

Leimbachstrasse bei der Abzweigung Rebenstrasse.

Postulat GR Nr. 2017/27

Einreichende Pawel Silberring (SP) Guy Krayenbühl (GLP)

Titel Pilotprojekt mit Tempo 30 auf der Mutschellenstrasse, der

Rieterstrasse und der Waffenplatzstrasse.

Postulat GR Nr. 2018/412

Alan David Sangines (SP) und Simone Brander (SP) Einreichende

Anpassung bestimmter Strassenverkehrssignalisationen

auf das Jubiläumsjahr 2019 des Zurich Pride Festivals

5. Gesundheits- und Umweltdepartement

Postulat GR Nr. 2013/88

Einreichende Guido Hüni und Isabel Garcia (beide GLP)

Titel Verzicht auf die Verwendung von Fleisch aus in- und aus-

> ländischer Massentierhaltung in den städtischen Verpflegungsbetrieben sowie vermehrtes Angebot an vegetari-

schen Menüs

Postulat GR Nr. 2015/375

Einreichende Anjushka Früh (SP) und Eva Hirsiger (Grüne) Titel

Verzicht auf mit Palmöl oder Palmfett angereicherte Lebensmittel in städtischen Verpflegungsbetrieben

Postulat GR Nr. 2016/168

Derek Richter und Rolf Müller (beide SVP) Einreichende

Private Heizanlagen, Durchführung von Messungen durch Titel

konzessionierte Fachbetriebe

Postulat GR Nr. 2016/254

Einreichende Muammar Kurtulmus und Marcel Bührig (beide Grüne) Titel

Einrichtung einer Internet-Plattform mit einer Übersicht

über alle ambulanten Betreuungsangebote für Menschen

mit Demenz

Postulat GR Nr. 2017/442 Einreichende SP-Fraktion

Titel Verzicht auf eine Gebührenerhöhung in den Alters- und

Pflegezentren

6. Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

Postulat GR Nr.

Einreichende Toni Baur (Grüne) und Erika Mägli-Fischer (SP) Gessnerallee/Sihlpost/Sihlquai, Realisierung einer Titel

Veloroute

Postulat GR Nr. 2008/83

Einreichende Martin Abele (Grüne) und Monika Bloch Süss (CSP)

Titel Cargo-Tram, Angebot in jedem Stadtkreis

Postulat GR Nr. 2011/125

Einreichende Samuel Dubno und Martin Luchsinger (beide GLP)

Titel Aufhebung der Verlängerung des Zeltwegs und Aufwertung des Heimplatzes im Rahmen des Kunsthaus-Neubaus

Postulat GR Nr. 2012/103

Einreichende Simon Kälin (Grüne), Marlène Butz (SP)

Titel Sicherung des Fortbestands der Voliere am Mythenquai sowie Abgeltung der von den Volieren Mythenquai und

Seebach erbrachten Dienstleistungen mittels Vergabe

von Leistungsaufträgen an die Trägervereine

Postulat GR Nr. 2012/259

Einreichende Hans Jörg Käppeli (SP)

Titel Haltestelle Sihlpost, Ausrüstung der Buskanten mit einem

«Kasseler Sonderbord»

Postulat GR Nr. 2013/6

Einreichende Marc Bourgeois und Severin Pflüger (beide FDP)

Titel Spurreduktion am Vorderberg, bessere Abschätzung der

Konsequenzen des geplanten Spurabbaus

Postulat GR Nr. 2014/349

Einreichende Simone Brander (SP) und Markus Knauss (Grüne)
Titel Verbindungen über das Gleisfeld für Fussgängerinr

Verbindungen über das Gleisfeld für Fussgängerinnen und Fussgänger sowie Velofahrende zwischen Hardbrücke und dem Hauptbahnhof, Bericht über die Priorisierung und

Finanzierung der Projekte

Postulat GR Nr. 2015/243

Einreichende CVP, FDP, GLP, SP, SVP

Titel Realisierung eines Rebbergs auf dem Hügel unterhalb der

Grossen Kirche Fluntern

Postulat GR Nr. 2016/135

Einreichende Pascal Lamprecht (SP) und Markus Baumann (GLP)

Titel Berücksichtigung der Verkehrsmassnahmen im Zentrum

Albisrieden

Postulat GR Nr. 2016/225

Einreichende Barbara Wiesmann (SP) und Guy Krayenbühl (GLP)

Titel Tram- und Bushaltestelle «Uetlihof», Gewährleistung eines

hindernisfreien Zugangs auf der Westseite

Postulat GR Nr. 2016/257

Einreichende Jonas Steiner (SP), Ursula Uttinger (FDP)

Titel Umgestaltung des Bereichs zwischen Dynamo und Obe-

rem Letten zur besseren Nutzung durch die Bevölkerung

Postulat GR Nr. 2016/431

Einreichende Grüne-, GLP- und SP-Fraktionen

Titel Strassenprojekt Leimbachstrasse, Entflechtung zwischen

dem Veloverkehr und dem öffentlichen Verkehr

Postulat GR Nr. 2016/451

Einreichende Mario Mariani (CVP) und Heinz F. Steger (FDP)

Titel Sammlung von Gartenabfällen, bessere Berücksichtigung

von saisonalen Schwankungen

Postulat GR Nr. 2017/318

Einreichende Dubravko Sinovcic (SVP) und Johann Widmer (SVP)

Titel Öffentliche Zugänglichkeit der ERZ-Erholungsinfrastruktur

beim Klärwerk Werdhölzli

Postulat GR Nr. 2017/341

Einreichende SP, Grüne, GLP, AL, CVP

Titel Abschluss einer Vereinbarung mit dem Familiengarten Alt-

stetten-Albisrieden betreffend Regelung der gegenseitigen Rechte und Pflichten der Pächterinnen und Pächter, die im Dunkelhölzli eine Kleingartenparzelle bewirtschaften wollen

Postulat GR Nr. 2017/426 Einreichende Fraktion AL

Titel Sozialverträgliche Reorganisation der Geschäftsbeziehun-

gen zwischen ERZ und der Rolf Bossard AG

Postulat GR Nr. 2017/440

Einreichende SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen

Titel Verzicht auf eine durchgehende Befahrbarkeit der Zoll-

strasse für Autos und auf Parkplätze zugunsten der

regional klassierten Veloroute

Postulat GR Nr. 2018/22

Einreichende Gabriele Kisker (Grüne) und Eva Hirsiger (Grüne)

Titel Provisorium für das fehlende Recycling-Angebot im Gebiet

Manegg

7. Hochbaudepartement

Postulat GR Nr. 2011/453

Einreichende Richard Wolff (AL)

Titel Leitlinien für eine quartier- und sozialverträgliche

Verdichtung

Postulat GR Nr. 2013/377 Einreichende Grüne-Fraktion

Titel Zuwachs an Schülerinnen und Schülern, Schaffung plane-

rischer Grundlagen für die Sicherung des benötigten Schul-

raums

Postulat GR Nr. 2016/312 Einreichende AL-Fraktion

Titel Erhalt von preisgünstigen Wohnungen bei Planungsvor-

haben, Ergänzung der Massnahmen-Liste im Programm

Wohnen als Auftrag an das Amt für Städtebau

2017/290 Postulat GR Nr.

Einreichende von Balz Bürgisser (Grüne) und Rosa Maino (AL) Titel

Standortevaluation von ZM-Pavillons, Übertragung der

Verantwortung an das Schulamt oder die Kreisschulpflege

2017/427 Postulat GR Nr. Einreichende **AL-Fraktion**

Titel Anpassung der Planungs- und Bauprozesse im Portfolio

Schulen

2018/478 Postulat GR Nr. Einreichende AL-Fraktion

Anpassung der Prozesse für Neubauprojekte im Portfolio Titel

Schul- und Sportbauten

8. Departement der Industriellen Betriebe

2015/244 Postulat GR Nr.

Hans Jörg Käppeli und Alan David Sangines (beide SP) Einreichende Titel

Limmattalbahn, Vergrösserung des Busvordachs bei der

Haltestelle an der Hohlstrasse 561

Postulat GR Nr. 2016/468

Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne)) Einreichende Titel

Verlängerung der Haltestelle Glaubtenstrasse stadtaus-

wärts an der Wehntalerstrasse

Postulat GR Nr. 2017/321

Marcel Bührig und Matthias Probst (beide Grüne) Einreichende

Titel Realisierung einer Bootsrutsche beim Kraftwerk Höngg

9. Schul- und Sportdepartement

Postulat GR Nr. 2016/289

Einreichende Karin Meier-Bohrer (Grüne) und Michel Urben (SP) Erweiterung des Holzstegs der Frauenbadeanstalt in der Titel

Limmat

Postulat GR Nr. 2017/441

FDP-, GLP- und CVP-Fraktionen Einreichende

Verhinderung eines Ausgaben- und Stellenwachstums im Titel

Bereich Sonderpädagogik

10. Sozialdepartement

Postulat GR Nr. 2016/65

Einreichende Ezgi Akyol (AL)

Titel Ausrüstung aller von der AOZ betriebenen Liegenschaften

mit einem kabellosen Internetzugang

Postulat GR Nr. 2018/56 Einreichende SP-Fraktion

Titel Erhöhung der «Wintermantelzulage» für Alleinstehende,

Ehepaare sowie Alleinstehende mit Kindern

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Vizepräsidentin Martina Zürcher

(FDP), Monika Bätschmann (Grüne), Duri Beer (SP), Angelica Eichenberger (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Maleica Landolt (GLP), Christina Schiller (AL), Michael Schmid

(FDP), Christine Seidler (SP), Marcel Tobler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 108 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Die in der Beilage (Abschreibungsanträge Postulate, Geschäftsjahr 2019, Anträge der Departemente, mit Änderungen nach Gemeinderatsbeschluss vom 25. November 2020) aufgeführten Postulate werden abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. Dezember 2020

3235. 2020/339

Weisung vom 19.08.2020:

Sozialdepartement, Suchtfachstelle, Beiträge 2021–2024

Ausstand: Renate Fischer (SP)

Antrag des Stadtrats

- Dem Verein Suchtfachstelle Zürich wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 1 977 260.– für die Angebote individuelle Beratungen, Arbeit in Gruppen, Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung und das Online-Portal SafeZone bewilligt.
- Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Vizepräsidentin Nadia Huberson (SP)

Änderungsanträge 1–2 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung der nachfolgenden Änderungsanträge.

Die Minderheit 1 der SK SD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Dem Verein Suchtfachstelle Zürich wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 1 721 260. Fr. 1 977 260. für die Angebote individuelle Beratungen, Arbeit in Gruppen, Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung und das Online-Portal SafeZone bewilligt.

Die Minderheit 2 der SK SD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Dem Verein Suchtfachstelle Zürich wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von <u>Fr. 1 665 000.– Fr. 1 977 260.–</u> für die Angebote individuelle Beratungen, Arbeit in Gruppen, Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung und das Online-Portal SafeZone bewilligt.

Mehrheit: Vizepräsidentin Nadia Huberson (SP), Referentin; Marco Geissbühler (SP), Mathias

Manz (SP), Matthias Renggli (SP), Roger-Paul Speck (SP), Selina Walgis (Grüne),

Willi Wottreng (AL) (für vakanten Sitz AL)

Minderheit 1: Alexander Brunner (FDP), Referent; Präsident Markus Baumann (GLP), Mélissa

Dufournet (FDP), Marcel Müller (FDP)

Minderheit 2: Samuel Balsiger (SVP), Referent; Tobias Baggenstos (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit/Stadtrat 67 Stimmen

Antrag Minderheit 1 36 Stimmen

Antrag Minderheit 2 <u>4 Stimmen</u>

Total 107 Stimmen

= absolutes Mehr 54 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die SK SD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Zustimmung: Vizepräsidentin Nadia Huberson (SP), Referentin; Tobias Baggenstos (SVP), Samuel

Balsiger (SVP), Alexander Brunner (FDP), Mélissa Dufournet (FDP), Marco Geissbühler (SP), Mathias Manz (SP), Marcel Müller (FDP), Matthias Renggli (SP), Roger-Paul Speck

(SP), Selina Walgis (Grüne), Willi Wottreng (AL) (für vakanten Sitz AL)

Enthaltung: Präsident Markus Baumann (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SD mit 94 gegen 2 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

- 1. Dem Verein Suchtfachstelle Zürich wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 1 977 260.– für die Angebote individuelle Beratungen, Arbeit in Gruppen, Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung und das Online-Portal SafeZone bewilligt.
- Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. Dezember 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 1. Februar 2021)

3236. 2019/208

Weisung vom 22.05.2019:

Immobilien Stadt Zürich, Theaterhaus Gessnerallee, Quartier Altstadt, Ausbau des Nordflügels / Stall 6, Erhöhung Objektkredit, Erhöhung Einnahmeverzicht

Antrag des Stadtrats

- 1. Für den Ausbau des Nordflügels des Theaterhauses Gessnerallee, Gessnerallee 8, 8001 Zürich, wird zu den mit STRB Nr. 187/2018 bewilligten neuen Ausgaben von Fr. 350 000.— ein Zusatzkredit von Fr. 2 923 000.—, insgesamt Fr. 3 273 000.— bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisstand 1. April 2017) und der Bauausführung.
- 2. Unter Vorbehalt der Zustimmung zu Ziffer 1 der Weisung «Kultur, Verein Theaterhaus Gessnerallee, Verein zur Förderung des Theaters an der Winkelwiese, Theater am Neumarkt AG, Neufestsetzung Beiträge ab 2019 (Erhöhung Einnahmeverzichte)» (GR Nr. 2019/209), wird die intern verrechnete Miete für das Theaterhaus Gessnerallee in Höhe von Fr. 1 197 660.— um Fr. 84 000.— auf Fr. 1 281 660.— erhöht (In Abänderung der Ziffer 1 der erwähnten Weisung «Einnahmeverzichte»). Zusammen mit dem Betriebsbeitrag von Fr. 2 136 693.— wird damit ab 2019 ein jährlich wiederkehrender Gesamtbeitrag für das Theaterhaus Gessnerallee von neu Fr. 3 418 353.— (ohne allfällige Teuerungsanpassung ab 2020) bewilligt.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Urs Riklin (Grüne)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Urs Riklin (Grüne), Referent; Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie

Eberle (AL), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula

Näf (SP), Mark Richli (SP)

Minderheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)
Enthaltung: Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43bis Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

- 1. Für den Ausbau des Nordflügels des Theaterhauses Gessnerallee, Gessnerallee 8, 8001 Zürich, wird zu den mit STRB Nr. 187/2018 bewilligten neuen Ausgaben von Fr. 350 000.— ein Zusatzkredit von Fr. 2 923 000.—, insgesamt Fr. 3 273 000.— bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisstand 1. April 2017) und der Bauausführung.
- 2. Unter Vorbehalt der Zustimmung zu Ziffer 1 der Weisung «Kultur, Verein Theaterhaus Gessnerallee, Verein zur Förderung des Theaters an der Winkelwiese, Theater am Neumarkt AG, Neufestsetzung Beiträge ab 2019 (Erhöhung Einnahmeverzichte)» (GR Nr. 2019/209), wird die intern verrechnete Miete für das Theaterhaus Gessnerallee in Höhe von Fr. 1 197 660.— um Fr. 84 000.— auf Fr. 1 281 660.— erhöht (In Abänderung der Ziffer 1 der erwähnten Weisung «Einnahmeverzichte»). Zusammen mit dem Betriebsbeitrag von Fr. 2 136 693.— wird damit ab 2019 ein jährlich wiederkehrender Gesamtbeitrag für das Theaterhaus Gessnerallee von neu Fr. 3 418 353.— (ohne allfällige Teuerungsanpassung ab 2020) bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. Dezember 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 1. Februar 2021)

3237. 2020/252

Weisung vom 17.06.2020:

Tiefbauamt, Sponsoringbeitrag und Teilnahme am Urban Bike Festival, jährlich wiederkehrende neue Ausgaben für die Jahre 2021–2025

Antrag des Stadtrats

Für das Sponsoring und die Teilnahme am Urban Bike Festival für die Jahre 2021–2025 werden jährlich wiederkehrende neue Ausgaben in Höhe von Fr. 194 240.– (einschliesslich Mehrwertsteuer) bewilligt.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Res Marti (Grüne)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Res Marti (Grüne), Referent; Präsident Pascal Lamprecht (SP), Simone Brander (SP),

Heidi Egger (SP), Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne), Severin Meier (SP),

Olivia Romanelli (AL)

Minderheit: Sven Sobernheim (GLP), Referent; Stephan Iten (SVP), Derek Richter (SVP)

Enthaltung: Vizepräsident Andreas Egli (FDP), Dominique Zygmont (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für das Sponsoring und die Teilnahme am Urban Bike Festival für die Jahre 2021–2025 werden jährlich wiederkehrende neue Ausgaben in Höhe von Fr. 194 240.– (einschliesslich Mehrwertsteuer) bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. Dezember 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 1. Februar 2021)

3238. 2020/299

Weisung vom 08.07.2020:

Tiefbauamt, Investitionsbeitrag an die Kosten der Einhausung Schwamendingen und die Verbreiterung der Unterführung Saatlenstrasse, neuer Verpflichtungskredit aufgrund wesentlicher Zweckänderung

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Gemeinde:

- 1. Für den Investitionsbeitrag der Stadt Zürich an den Bund an die Kosten für die Einhausung der Autobahn in Schwamendingen sowie für die damit zusammenhängende Aufweitung der Unterführung Saatlenstrasse wird ein Objektkredit von Fr. 83 800 000.– bewilligt (Preisbasis 1. April 2020).
- 2. Der von der Gemeinde am 24. September 2006 (GR Nr. 2006/123) beschlossene Objektkredit von Fr. 39 800 000.– («Objektkredit von 39,8 Millionen Franken als Beitrag der Stadt Zürich an die Kosten für die Einhausung der Autobahn Schwamendingen sowie die damit zusammenhängende Aufweitung der Unterführung Saatlenstrasse») und der vom Gemeinderat mit Beschlussnummer 1678 vom 31. August 2011 (GR Nr. 2011/51) beschlossene Zusatzkredit von Fr. 18 500 000.– wird aufgehoben.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Dr. Frank Rühli (FDP)

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für den Investitionsbeitrag der Stadt Zürich an den Bund an die Kosten für die Einhausung der Autobahn in Schwamendingen sowie für die damit zusammenhängende Aufweitung der Unterführung Saatlenstrasse wird ein Objektkredit von Fr. 80 800 000. Fr. 83 800 000 bewilligt (Preisbasis 1. April 2020).

Mehrheit: Dr. Frank Rühli (FDP), Referent; Präsident Michael Kraft (SP), Vizepräsident Markus

Kunz (Grüne), Niyazi Erdem (SP), Andreas Kirstein (AL), Jürg Rauser (Grüne), Elisabeth

Schoch (FDP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP), Barbara Wiesmann (SP)

Minderheit: Dubravko Sinovcic (SVP), Referent; Beat Oberholzer (GLP), Ronny Siev (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 11 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Zustimmung: Dr. Frank Rühli (FDP), Referent; Präsident Michael Kraft (SP), Vizepräsident Markus

Kunz (Grüne), Niyazi Erdem (SP), Andreas Kirstein (AL), Beat Oberholzer (GLP), Jürg Rauser (Grüne), Elisabeth Schoch (FDP), Ronny Siev (GLP), Dubravko Sinovcic (SVP),

Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP), Barbara Wiesmann (SP)

Abstimmung gemäss Art. 43bis Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 109 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Zuhanden der Gemeinde:

- 1. Für den Investitionsbeitrag der Stadt Zürich an den Bund an die Kosten für die Einhausung der Autobahn in Schwamendingen sowie für die damit zusammenhängende Aufweitung der Unterführung Saatlenstrasse wird ein Objektkredit von Fr. 83 800 000.– bewilligt (Preisbasis 1. April 2020).
- Der von der Gemeinde am 24. September 2006 (GR Nr. 2006/123) beschlossene Objektkredit von Fr. 39 800 000.– («Objektkredit von 39,8 Millionen Franken als Beitrag der Stadt Zürich an die Kosten für die Einhausung der Autobahn Schwamendingen sowie die damit zusammenhängende Aufweitung der Unterführung Saatlenstrasse») und der vom Gemeinderat mit Beschlussnummer 1678 vom 31. August 2011 (GR Nr. 2011/51) beschlossene Zusatzkredit von Fr. 18 500 000.– wird aufgehoben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. Dezember 2020 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

3239. 2020/336

Weisung vom 19.08.2020:

Kultur, Subventionsvertrag zwischen der Stadt Zürich und der Tonhalle-Gesellschaft Zürich AG

Antrag des Stadtrats

Der Vertrag zwischen der Stadt Zürich und der Tonhalle-Gesellschaft Zürich AG (Beilage, Fassung vom 11. August 2020) wird genehmigt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Isabel Garcia (GLP)

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 1):

2. Die Stadt überprüft periodisch die Modalitäten des Subventionsvertrags zwischen der Stadt Zürich und der Tonhalle-Gesellschaft Zürich AG. Sie erstattet dem Gemeinderat dazu 10 Jahre nach Inkraftsetzung des Subventionsvertrags Bericht und unterbreitet allfällige Vertragsänderungen zur Genehmigung.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Isabel Garcia (GLP), Referentin; Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP),

Judith Boppart (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Sarah Breitenstein (SP), Natalie Eberle

(AL), Simone Hofer Frei (GLP), Mark Richli (SP)

Minderheit: Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Referentin; Dr. Balz Bürgisser (Grüne),

Christian Huser (FDP), Urs Riklin (Grüne)

Abwesend: Maya Kägi Götz (SP)

Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Zustimmung: Isabel Garcia (GLP), Referentin; Präsident Stefan Urech (SVP), Vizepräsidentin Yasmine

Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Judith Boppart (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Simone Hofer

Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)

Abwesend: Maya Kägi Götz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Der Vertrag zwischen der Stadt Zürich und der Tonhalle-Gesellschaft Zürich AG (Beilage, Fassung vom 11. August 2020) wird genehmigt.

 Die Stadt überprüft periodisch die Modalitäten des Subventionsvertrags zwischen der Stadt Zürich und der Tonhalle-Gesellschaft Zürich AG. Sie erstattet dem Gemeinderat dazu 10 Jahre nach Inkraftsetzung des Subventionsvertrags Bericht und unterbreitet allfällige Vertragsänderungen zur Genehmigung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. Dezember 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 1. Februar 2021)

3240. 2020/278

Weisung vom 01.07.2020:

Kultur, Trägerverein Theater PurPur, Beiträge 2021–2024

Ausstand: Michael Schmid (FDP)

Antrag des Stadtrats

- Dem Trägerverein Theater PurPur wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 239 100.– bewilligt. Davon sind Fr. 50 000.– zweckgebunden für partizipative Angebote in den Quartieren einzusetzen. Für den Fall der Annahme der Konzeptförderung entfällt der jährliche Betriebsbeitrag auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung, voraussichtlich per 1. Januar 2023 (GR Nr. 2019/297).
- 2. Der Betriebsbeitrag wird jährlich der Teuerung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (als Basis gilt der höhere der beiden Werte von Dezember 2019 und Dezember 2020). Eine negative Jahresteuerung führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte städtische Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.
- 3. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt danach in der Rechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um zwei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung danach weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um vier Prozent.

Tritt in der Rechnung der Stadt direkt ein Bilanzfehlbetrag auf, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr nach einem direkten Bilanzfehlbetrag erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um vier Prozent.

Sobald die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von über 100 Millionen Franken ausweist, erreicht die Subvention wieder den ursprünglich bewilligten Betrag.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Dr. Balz Bürgisser (Grüne)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Änderungsantrag 1 zu Dispositivziffer 1

Die SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

 Dem Trägerverein Theater PurPur wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 239 100.– bewilligt. Davon sind Fr. 50 000.– zweckgebunden für partizipative Angebote in den Quartieren einzusetzen. Für den Fall der Annahme der Konzeptförderung entfällt der jährliche Betriebsbeitrag auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung, voraussichtlich per 1. Januar 2023 2024 (GR Nr. 2019/297).

Zustimmung:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Präsident Stefan Urech (SVP), Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Sarah Breitenstein (SP), Natalie Eberle (AL), Heidi Egger (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 108 gegen 2 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsanträge 2–4 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

 Dem Trägerverein Theater PurPur wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. <u>239-100.</u> <u>284 100.</u> bewilligt. Davon sind Fr. <u>50-000.</u> <u>80 000.</u> zweckgebunden für partizipative Angebote in den Quartieren einzusetzen. [...].

Die Minderheit 1 der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

 Dem Trägerverein Theater PurPur wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. <u>239-100.</u> <u>170 000.</u> bewilligt. Davon sind Fr. 50 000. zweckgebunden für partizipative Angebote in den Quartieren einzusetzen. [...].

Die Minderheit 2 der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

 Dem Trägerverein Theater PurPur wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. <u>239-100.</u> <u>150 000.</u> bewilligt. Davon sind Fr. <u>50 000.</u> <u>30 000.</u> zweckgebunden für partizipative Angebote in den Quartieren einzusetzen. [...].

Die Minderheit 3 der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Änderungsanträge.

Mehrheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Sarah Breitenstein (SP), Heidi Egger (SP) i. V.

von Ursula Näf (SP), Maya Kägi Götz (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)

Minderheit 1: Christian Huser (FDP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Isabel

Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP)

Minderheit 2: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)

Minderheit 3: Natalie Eberle (AL), Referentin

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit 12 Stimmen

Antrag Minderheit 1 31 Stimmen

Antrag Minderheit 2 15 Stimmen

Antrag Stadtrat/Minderheit 3 <u>55 Stimmen</u>

Total 113 Stimmen

= absolutes Mehr 57 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Mehrheit ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Minderheit 1 29 Stimmen

Antrag Minderheit 2 14 Stimmen

Antrag Stadtrat/Minderheit 3 69 Stimmen

Total 112 Stimmen

= absolutes Mehr 57 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 3 zugestimmt.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 2 (Die Dispositivziffer 3 wird zu Dispositivziffer 2).

Mehrheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Sarah Breitenstein (SP), Natalie Eberle (AL), Heidi

Egger (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP),

Maya Kägi Götz (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)

Minderheit: Christian Huser (FDP), Referent; Präsident Stefan Urech (SVP), Vizepräsidentin Yasmine

Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Christian Huser (FDP), Referent; Präsident Stefan Urech (SVP), Vizepräsidentin Yasmine

Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Sarah Breitenstein (SP), Heidi Egger (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz

(SP), Mark Richli (SP)

Minderheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Natalie Eberle (AL), Urs Riklin (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–3.

Mehrheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP),

Sarah Breitenstein (SP), Natalie Eberle (AL), Heidi Egger (SP) i. V. von Ursula Näf (SP),

Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)

Minderheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)

Enthaltung: Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 15 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

- Dem Trägerverein Theater PurPur wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 239 100.– bewilligt. Davon sind Fr. 50 000.– zweckgebunden für partizipative Angebote in den Quartieren einzusetzen. Für den Fall der Annahme der Konzeptförderung entfällt der jährliche Betriebsbeitrag auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung, voraussichtlich per 1. Januar 2024 (GR Nr. 2019/297).
- 2. Der Betriebsbeitrag wird jährlich der Teuerung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (als Basis gilt der höhere der beiden Werte von Dezember 2019 und Dezember 2020). Eine negative Jahresteuerung führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte städtische Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.
- 3. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt danach in der Rechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um zwei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr erneut einen Bilanz-

fehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung danach weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um vier Prozent.

Tritt in der Rechnung der Stadt direkt ein Bilanzfehlbetrag auf, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr nach einem direkten Bilanzfehlbetrag erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um vier Prozent.

Sobald die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von über 100 Millionen Franken ausweist, erreicht die Subvention wieder den ursprünglich bewilligten Betrag.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. Dezember 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 1. Februar 2021)

3241. 2020/279

Weisung vom 01.07.2020:

Kultur, Association «Quartz» Genève Zürich (Schweizer Filmpreis und «Woche der Nominierten»), Beiträge 2021–2024

Antrag des Stadtrats

- 1. Dem Verein Association «Quartz» Genève Zürich wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 170 000.— bewilligt. Falls im Jahr 2022 die Verleihung des Schweizer Filmpreises im Tessin durchgeführt wird, reduziert sich der Betriebsbeitrag für das Jahr 2022 auf Fr. 45 000.—.
- Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt danach in der Rechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um zwei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung danach weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um vier Prozent.

Tritt in der Rechnung der Stadt direkt ein Bilanzfehlbetrag auf, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr nach einem direkten Bilanzfehlbetrag erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um vier Prozent.

Sobald die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von über 100 Millionen Franken ausweist, erreicht die Subvention wieder den ursprünglich bewilligten Betrag.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Natalie Eberle (AL)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Referentin; Präsident Stefan Urech (SVP),

Roger Bartholdi (SVP), Sarah Breitenstein (SP), Heidi Egger (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi

Götz (SP), Mark Richli (SP)

Minderheit: Natalie Eberle (AL), Referentin; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Urs Riklin (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Natalie Eberle (AL), Referentin; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Sarah

Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Heidi Egger (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz

(SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)

Minderheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

- Dem Verein Association «Quartz» Genève Zürich wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 170 000.

 – bewilligt. Falls im Jahr 2022 die Verleihung des Schweizer Filmpreises im Tessin durchgeführt wird, reduziert sich der Betriebsbeitrag für das Jahr 2022 auf Fr. 45 000.

 –.
- Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt danach in der Rechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um zwei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung danach weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um vier Prozent.

Tritt in der Rechnung der Stadt direkt ein Bilanzfehlbetrag auf, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr nach einem direkten Bilanzfehlbetrag erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um vier Prozent.

Sobald die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von über 100 Millionen Franken ausweist, erreicht die Subvention wieder den ursprünglich bewilligten Betrag.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 2. Dezember 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 1. Februar 2021)

3242. 2020/280

Weisung vom 01.07.2020: Kultur, Theater HORA/Stiftung Züriwerk, Beiträge 2021–2024

Antrag des Stadtrats

- 1. Dem Theater HORA/Stiftung Züriwerk wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlich wiederkehrender Gesamtbeitrag von Fr. 400 309.— bewilligt. Dieser Beitrag setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 346 000.— (davon sind Fr. 17 500.— gebunden an die Aufgaben der Koordinationskommission (KoKo) der Roten Fabrik für die Koordination und Hauswartungskosten) sowie die Übernahme der jährlichen Mietkosten für den Proberaum Backstein von Fr. 54 309.—. Für den Fall der Annahme der Konzeptförderung entfällt der jährliche Betriebsbeitrag auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung (GR Nr. 2019/297), voraussichtlich per 1. Januar 2023.
- 2. Der Betriebsbeitrag wird jährlich der Teuerung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (als Basis gilt der höhere der beiden Werte von Dezember 2019 und Dezember 2020). Eine negative Jahresteuerung führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte städtische Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.
- Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt danach in der Rechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um zwei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung danach weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um vier Prozent.

Tritt in der Rechnung der Stadt direkt ein Bilanzfehlbetrag auf, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr nach einem direkten Bilanzfehlbetrag erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um vier Prozent.

Sobald die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von über 100 Millionen Franken ausweist, erreicht die Subvention wieder den ursprünglich bewilligten Betrag.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Mark Richli (SP)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Änderungsantrag 1 zu Dispositivziffer 1

Die SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

Dem Theater HORA/Stiftung Züriwerk wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlich wiederkehrender Gesamtbeitrag von Fr. 400 309. – bewilligt. Dieser Beitrag setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 346 000. – (davon sind Fr. 17 500. – gebunden an die Aufgaben der Koordinationskommission (KoKo) der Roten Fabrik für die Koordination und Hauswartungskosten) sowie die Übernahme der jährlichen

Mietkosten für den Proberaum Backstein von Fr. 54 309.–. Für den Fall der Annahme der Konzeptförderung entfällt der jährliche Betriebsbeitrag auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung (GR Nr. 2019/297), voraussichtlich per 1. Januar 2023 2024.

Zustimmung: Mark Richli (

Mark Richli (SP), Referent; Präsident Stefan Urech (SVP), Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Heidi Egger (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Urs Riklin (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsanträge 2-3 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

Dem Theater HORA/Stiftung Züriwerk wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlich wiederkehrender Gesamtbeitrag von Fr. 400 309.— 224 154.— bewilligt. Dieser Beitrag setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 346 000.— 169 845.— (davon sind Fr. 17 500.— gebunden an die Aufgaben der Koordinationskommission (KoKo) der Roten Fabrik für die Koordination und Hauswartungskosten) sowie die Übernahme der jährlichen Mietkosten für den Proberaum Backstein von Fr. 54 309.— [...].

Die Minderheit 1 der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Dem Theater HORA/Stiftung Züriwerk wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlich wiederkehrender Gesamtbeitrag von Fr. 400 309.— 450 309.— bewilligt. Dieser Beitrag setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 346 000.— 396 000.— (davon sind Fr. 17 500.— gebunden an die Aufgaben der Koordinationskommission (KoKo) der Roten Fabrik für die Koordination und Hauswartungskosten) sowie die Übernahme der jährlichen Mietkosten für den Proberaum Backstein von Fr. 54 309.— [...].

Die Minderheit 2 der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Änderungsanträge.

Mehrheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP),

Roger Bartholdi (SVP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser

(FDP)

Minderheit 1: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Sarah Breitenstein (SP), Heidi Egger (SP) i. V. von

Ursula Näf (SP), Maya Kägi Götz (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)

Minderheit 2: Natalie Eberle (AL), Referentin

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 2 mit 69 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 2 (Die Dispositivziffer 3 wird zu Dispositivziffer 2).

Mehrheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Sarah Breitenstein (SP), Natalie Eberle (AL), Heidi

Egger (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP),

Maya Kägi Götz (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)

Minderheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP),

Roger Bartholdi (SVP), Christian Huser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP),

Roger Bartholdi (SVP), Sarah Breitenstein (SP), Heidi Egger (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi

Götz (SP), Mark Richli (SP)

Minderheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Natalie Eberle (AL), Urs Riklin (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–3.

Mehrheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP),

Roger Bartholdi (SVP), Natalie Eberle (AL), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei

(GLP), Christian Huser (FDP), Mark Richli (SP)

Minderheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Sarah Breitenstein (SP), Heidi Egger (SP) i. V. von

Ursula Näf (SP), Maya Kägi Götz (SP), Urs Riklin (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 0 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

- 1. Dem Theater HORA/Stiftung Züriwerk wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlich wiederkehrender Gesamtbeitrag von Fr. 400 309.— bewilligt. Dieser Beitrag setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 346 000.— (davon sind Fr. 17 500.— gebunden an die Aufgaben der Koordinationskommission (KoKo) der Roten Fabrik für die Koordination und Hauswartungskosten) sowie die Übernahme der jährlichen Mietkosten für den Proberaum Backstein von Fr. 54 309.—. Für den Fall der Annahme der Konzeptförderung entfällt der jährliche Betriebsbeitrag auf den Zeitpunkt der Einführung der Konzeptförderung (GR Nr. 2019/297), voraussichtlich per 1. Januar 2024.
- 2. Der Betriebsbeitrag wird jährlich der Teuerung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (als Basis gilt der höhere der beiden Werte von Dezember 2019 und Dezember 2020). Eine negative Jahresteuerung führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte städtische Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.
- Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt danach in der Rechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um zwei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung danach weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um vier Prozent.

Tritt in der Rechnung der Stadt direkt ein Bilanzfehlbetrag auf, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr nach einem direkten Bilanzfehlbetrag erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um vier Prozent.

Sobald die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von über 100 Millionen Franken ausweist, erreicht die Subvention wieder den ursprünglich bewilligten Betrag.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. Dezember 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 1. Februar 2021)

3243. 2020/354

Weisung vom 26.08.2020: Kultur, Verein Collegium Novum Zürich, Beiträge 2021–2024

Antrag des Stadtrats

- 1. Dem Verein Collegium Novum Zürich wird für die Jahre 2021–2024 ein wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 462 800.– pro Jahr bewilligt.
- 2. Der Betriebsbeitrag wird jährlich der Teuerung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (als Basis gilt der höhere der beiden Werte von Dezember 2010 und Dezember 2020). Eine negative Jahresteuerung führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte städtische Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.

Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um 1 Prozent. Weist die Stadt danach in der Rechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um 2 Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um 3 Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung danach weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um 4 Prozent.

Tritt in der Rechnung der Stadt direkt ein Bilanzfehlbetrag auf, sinkt die Subvention im Folgejahr um 1 Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr nach einem direkten Bilanzfehlbetrag erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um 3 Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um 4 Prozent.

Sobald die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von über 100 Millionen Franken ausweist, erreicht die Subvention wieder den ursprünglich bewilligten Betrag.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Mark Richli (SP)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 2 (Die Dispositivziffer 3 wird zu Dispositivziffer 2).

Mehrheit: Mark Richli (SP), Referent; Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie

Eberle (AL), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Urs

Riklin (Grüne)

Minderheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP),

Roger Bartholdi (SVP), Christian Huser (FDP)

Abwesend: Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Stefan Urech (SVP), Vizepräsidentin Yasmine

Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Sarah Breitenstein (SP), Isabel Garcia (GLP),

Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP)

Minderheit: Urs Riklin (Grüne), Referent; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL)

Abwesend: Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–3.

Mehrheit: Mark Richli (SP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Sarah Breitenstein

(SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer

Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Urs Riklin (Grüne)

Minderheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)

Abwesend: Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

- Dem Verein Collegium Novum Zürich wird für die Jahre 2021–2024 ein wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 462 800.– pro Jahr bewilligt.
- 2. Der Betriebsbeitrag wird jährlich der Teuerung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (als Basis gilt der höhere der beiden Werte von Dezember 2010 und Dezember 2020). Eine negative Jahresteuerung führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte städtische Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.
- 3. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um 1 Prozent. Weist die Stadt danach in der Rechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um 2 Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um 3 Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung danach weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um 4 Prozent.

Tritt in der Rechnung der Stadt direkt ein Bilanzfehlbetrag auf, sinkt die Subvention im Folgejahr um 1 Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr nach einem direkten Bilanzfehlbetrag erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um 3 Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um 4 Prozent.

Sobald die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von über 100 Millionen Franken ausweist, erreicht die Subvention wieder den ursprünglich bewilligten Betrag.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. Dezember 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 1. Februar 2021)

3244. 2018/517

Interpellation von Elisabeth Schoch (FDP), Christian Huser (FDP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 19.12.2018:

Gründung des Vereins «Made in Zürich Initiative», Hintergründe zur Entstehung des Vereins, seines Budgets und zum finanziellen Engagement der Stadt sowie Erläuterungen der verfolgten Ziele und Begründung des nicht erfolgten Einbezugs der Gewerbevereine

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 479 vom 5. Juni 2019).

Elisabeth Schoch (FDP) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

3245. 2019/64

Interpellation der FDP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 06.02.2019:

Zahlen zu den erleichterten Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern in der Stadt und zu den Personen, die die Anforderungen erfüllen sowie möglicher Handlungsbedarf zur Motivierung der anspruchsberechtigten Personen

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 701 vom 21. August 2019).

Përparim Avdili (FDP) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

3246. 2019/131

Interpellation der GLP-Fraktion vom 03.04.2019:

Bündelung der Zuständigkeit für Verkehrsfragen, Vor- und Nachteile sowie Synergiepotential eines Departements für Mobilität

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 835 vom 18. September 2019).

Sven Sobernheim (GLP) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Geschäft ist erledigt.

3247. 2019/195

Postulat von Christine Seidler (SP) und Isabel Garcia (GLP) vom 15.05.2019: Entwicklung des Rollen- und Aufgabenverständnisses der Verwaltung bei der Umsetzung der Smart-City-Strategie

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Christine Seidler (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1236/2019).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 5. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 70 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3248. 2019/244

Motion von Nadia Huberson (SP), Përparim Avdili (FDP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 05.06.2019:

Kostenlose Einbürgerung für junge Erwachsene bis zum 25. Altersjahr, Änderung der Verordnung über die Gebühren für die Aufnahme in das Bürgerrecht der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Nadia Huberson (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1334/2019).

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 3. Juli 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Die Motion wird mit 99 gegen 18 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Eingänge

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3249. 2020/527

Postulat der AL-Fraktion vom 25.11.2020:

Fachstelle für die sozialräumlichen Aspekte in allen Planungs- und Bauvorhaben

Von der AL-Fraktion ist am 25. November 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in der Zentralen Verwaltung des HBD eine Fachstelle geschaffen werden kann, die die sozialräumlichen Aspekte in allen Planungs- und Bauvorhaben einbringt und vertritt. Der Stelle obliegt die Umsetzung der im «Programm Wohnen», im Leitfaden «Erfolgsfaktoren sozial nachhaltiger Ersatzneubauten und Sanierungen» und im Entwurf des kommunalen Richtplans (Sozialraummonitoring) enthaltenen Aufträge zur Eindämmung von Verdrängungsprozessen und zur Verbesserung der sozi-

alen Durchmischung in allen Quartieren. Die Stelle leistet bzw. koordiniert die Grundlagenarbeit und unterstützt die in Planungsprozessen involvierten Mitarbeiter*innen des HBD. Um keine weiteren Kosten zu verursachen, soll die Fachstelle durch die Übertragung von bestehenden Stellen aus anderen Dienstabteilungen – insbesondere der STEZ – erfolgen.

Begründung:

In den letzten Jahren wurde wiederholt Kritik geäussert, dass die Planungs- und Baubehörden die sozialräumlichen Aspekte zu wenig berücksichtigen. Zahlreiche Möglichkeiten zur Verhinderung und Minderung von Entwurzelungs- und Verdrängungsprozessen, die mit baulicher Verdichtung einhergehen, wurden nicht befriedigend genutzt.

Die Stadt hat auf diese Kritik mit dem Abschluss einer Dienstleistungsvereinbarung zwischen dem Amt für Städtebau und Stadtentwicklung Zürich reagiert. Zweck der im November 2019 abgeschlossenen Vereinbarung ist «die Sicherstellung einer frühzeitigen und stufengerechten Berücksichtigung von sozialräumlichen Aspekten in Planungsverfahren (übergeordnete Planungen und Gebietsentwicklungen) und konkreten Bauprojekten (mit erhöhten Gestaltungsanforderungen)». Gemäss Stadtentwicklung Zürich werden 0.25 Stellenwerte für diese Arbeit eingesetzt. Es liegt auf der Hand, dass mit dieser Vereinbarung und den zur Verfügung stehenden Ressourcen die erwünschte Wirkung nicht erreicht und der nötige Kulturwandel in den politischen und den Planungsprozessen nicht eingeleitet werden kann.

Um die vorgesehenen Massnahmen zur Stärkung der sozialen Durchmischung in allen Quartieren und zur Verhinderung von Verdrängungsprozessen in allen Planungsprozessen, Baubewilligungsverfahren und den vom HBD begleiteten politischen Prozessen konsequent umzusetzen, braucht das HBD eigene Ressourcen.

Mitteilung an den Stadtrat

3250. 2020/528

Postulat der AL-Fraktion vom 25.11.2020:

Konzept für den Einsatz von Schulassistenzen im Sinne einer institutionalisierten Mitarbeit im Schulumfeld

Von der AL-Fraktion ist am 25. November 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie zusammen mit der Schulpflege die Grundlagen für den Einsatz von Schulassistenzen im Sinne einer institutionalisierten Mitarbeit im Schulumfeld ausgearbeitet und erlassen werden können. Mit dem Konzept soll auch der Mittel- und Stellenbedarf ermittelt werden.

Begründung:

Im Rahmen des Nachtragskredits 1/20 sind mit einer Budgetübertragung 57 Stellenwerte Klassenassistenz geschaffen worden. Zusammen mit den bereits vorwiegend im Förderunterricht eingesetzten Personen verfügen die Schulen aktuell über 83,4 Stellenwerte Klassenassistenz.

Die per Schuljahrbeginn 20/21 geschaffenen und weitere neuen Stellen sollen in den Schuleinheiten im Sinne des vom Volksschulamt am 30. Januar 2018 freigegebenen Dokuments «Schulassistenz» eingesetzt werden können. Das Volksschulamt empfiehlt den Schulpflegen, die wichtigsten Grundlagen für den Einsatz von Schulassistenzen in einem Konzept festzuhalten. In diesem Konzept sollen insbesondere die Handlungsfelder der Schulassistenz und die Zusammenarbeit zwischen Schulleitung, Lehrperson und Schulassistenzen sowie die Unterstellung definiert werden.

Mitteilung an den Stadtrat

3251. 2020/529

Postulat von Marcel Müller (FDP), Marco Geissbühler (SP) und 42 Mitunterzeichnenden vom 25.11.2020:

Ausrichtung der Öffnungszeiten für das Drogen-Checking auf die städtischen «Ausgangs-Rush-Hours»

Von Marcel Müller (FDP), Marco Geissbühler (SP) und 42 Mitunterzeichnenden ist am 25. November 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er zusammen mit dem Drogeninformationszentrum Zürich (DIZ) und allenfalls anderen Anbietern die Öffnungszeiten für das Drogen-Checking besser auf die städtischen «Ausgangs-Rush-Hours» ausrichten kann. In den Nächten von Freitag auf Samstag und von Samstag auf Sonntag soll in der Nähe der Langstrasse ein niederschwellig zugängliches Testangebot zur Verfügung gestellt werden, mittels welchem Konsumentinnen und Konsumenten zumindest die geläufigsten Partydrogen umgehend analysieren lassen können.

Begründung:

Die Nächte von Donnerstag auf Freitag, Freitag auf Samstag und Samstag auf Sonntag sind im Zürcher Nachtleben «Rush Hours», d.h. dann befinden sich Wochenende für Wochenende am meisten Menschen im Ausgang. Es ist offensichtlich, dass auch in dieser Zeit der Konsum von Alkohol und Betäubungsmitteln am höchsten ist.

Das Drug Checking des Drogeninformationszentrums ist eine Erfolgsgeschichte. Es trägt zur Schadensminderung und zu einem höheren Risikobewusstsein bei Konsumentinnen und Konsumenten bei. Es wäre daher wünschenswert, wenn auch während den «Rush Hours» des Zürcher Nachtlebens ein stationäres oder mobiles Testangebot zur Verfügung stehen würde, welches analog zum mobilen Drug Checking an Partys umgehend und niederschwellig Substanzanalysen vornehmen kann.

Mitteilung an den Stadtrat

3252. 2020/530

Postulat von Martin Götzl (SVP) und Emanuel Eugster (SVP) vom 25.11.2020: Änderung der Immobilienstrategie hinsichtlich einer Veräusserung der ausserstädtischen Liegenschaften

Von Martin Götzl (SVP) und Emanuel Eugster (SVP) ist am 25. November 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die aktuelle Immobilienstrategie soweit geändert werden kann, dass die aktuell über 200 ausserstädtischen Liegenschaften aus dem Stadtzürcher Liegenschaftsportfolio veräussert werden können.

Als Richtlinie sollen über die nächsten fünf Jahre jeweils ein Fünftel pro Jahr der betroffenen gehorteten Landflächen veräussert werden. Der Käuferschaft sollen keine Bedingungen in Bezug auf die zukünftige Nutzung auferlegt werden. Wenn angezeigt und möglich, kann eine Gewinnbeteiligung vereinbart werden.

Ausgenommen sind nur jene Verkäufe von ausserstädtischen Liegenschaften und Landflächen, welche für die Erfüllung der Gemeindeordnung zwingend erforderlich sind.

Begründung:

Die Antworten der schriftlichen Anfrage 2020/319 zeigen auf, dass die Stadt Zürich unzählige Immobilien und Landparzellen auf ausserstädtischem Gebiet hortet.

Das sind enorme Kapitalwerte von über 2'000'000 Quadratmetern an ausserstädtischem Landbesitz. Weder eine Strategie noch eine Nutzung der jeweiligen ausserstädtischen Landparzellen liegt in der Regel als Begründung für den ausserstädtischen Landbesitz vor.

Diese Landflächen sollen nun dem Meistbietenden mit der Basis vom aktuellen Marktwert verkauft werden. Sofern kein aktueller Marktwert erzielt werden kann, soll innerhalb des 5-Jahres Richtfensters nicht verkauft werden. Alle Einnahmen aus den ausserstädtischen Liegenschaftsverkäufen werden ausschliesslich für den Schuldenabbau verwendet.

Mitteilung an den Stadtrat

3253. 2020/531

Postulat von Urs Riklin (Grüne), Matthias Probst (Grüne) und 3 Mitunterzeichnenden vom 25.11.2020:

Erhöhung der Sicherheit für Wasserfahrzeuge und Schwimmende in der Limmat vor dem Höngger Wehr

Von Urs Riklin (Grüne), Matthias Probst (Grüne) und 3 Mitunterzeichnenden ist am 25. November 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in der Limmat die Sicherheit für Wasserfahrzeuge wie Schlauch- und Gummiboote oder auch Schwimmende vor dem Höngger Wehr erhöht und die Ausstiegsmöglichkeiten verbessert werden können.

Begründung:

In der Limmat zu schwimmen oder sich mit einem Gummiboot oder anderen Schwimmhilfen auf dem Fluss treiben zu lassen, gehört seit einiger Zeit zu den beliebtesten Freizeitaktivitäten der Zürcherinnen und Zürcher. Entsprechend hat die Anzahl an Schlauch- und Gummibootfahrten in den vergangenen Jahren zugenommen

Das Höngger Wehr stellt für Gummibootkapitäninnen und -kapitäne wie auch Schwimmende eine oft unterschätze Gefahrenquelle dar. Wasserfahrzeuge und deren Insassen wie auch Schwimmende können über das Wehr gespült und nach einigen Metern Fall in eine lebensbedrohliche Wasserwalze gelangen. Entsprechende Vorfälle ereigneten sich jüngst im Sommer 2020.

Die Stadt Zürich hat bereits Massnahmen ergriffen: Grosse Hinweistafeln vor dem Höngger Wehr weisen Kapitäninnen und Kapitäne wie auch Schwimmende auf den bevorstehenden Ausstieg hin, Informationsarbeit mit Video und Webseite wird geleistet, nach einem tragischen Vorfall im Sommer 2020 wurde als vorübergehende Sofortmassnahme gar die Abflussmenge der Limmat reduziert.

Bei hoher Nutzungsfrequenz kann der Ausstieg vor dem Wehr auf der linken Flussseite zum Nadelöhr werden, wenn viele Gummiboote gleichzeitig auswassern wollen. Im Weiteren sind unaufmerksame Kapitäne ab einem gewissen Punkt ihrem Schicksaal ausgeliefert, wenn sie nicht rechtzeitig das Ufer angesteuert haben. In der Flussmitte finden sich zu wenige Hilfsmöglichkeiten zur Rettung aus eigener Kraft.

Mit dem vorliegenden Vorstoss wird der Stadtrat gebeten zu prüfen, wie die Sicherheit für Schlauch- und Gummibootsfahrende wie auch Schwimmende erhöht werden kann, indem die Ausstiegsmöglichkeiten vor dem Wehr mit einfachen baulichen Massnahmen, beispielsweise durch einen Holzsteg am Ufer vor dem Wehr oder durch eine Ufergestaltung, welche eine verlängerte Ausstiegszone schafft und damit den Ausstieg auf einem längeren Abschnitt vor dem Wehr vereinfacht. Ebenfalls soll geprüft werden, ob geeignete Rettungsmöglichkeiten auf dem Wasser installiert werden können, wie z.B. eine Rettungsleine oder Bojen, damit sich in Gefahr befindende Wasserfahrzeuge oder Schwimmende selber aus der Gefahrenzone bringen können.

Mitteilung an den Stadtrat

Die fünf Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

3254. 2020/532

Schriftliche Anfrage von Mathias Manz (SP), Brigitte Fürer (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 25.11.2020:

Nutzungsstrategie für das Schlachthof-Areal, mögliche Nutzungen auf der Grundlage der aktuellen Zonierung, Spielraum für die Umnutzung der inventarisierten Gebäude, aktueller Projektstand und Aufnahme der Anliegen aus dem partizipatorischen Verfahren sowie Erwartungen betreffend Entwicklung der Fleischwirtschaft und Beurteilung der damit verbundenen Standortfrage

Von Mathias Manz (SP), Brigitte Fürer (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 25. November 2020 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Schlachthof-Areal in Aussersihl zwischen Hohl-, Herdern-, Basler- und Hardgut-Strasse wird seit mehr als hundert Jahren zu grossen Teilen von der Fleischwirtschaft genutzt. Die Mietverträge mit den heutigen

Nutzerinnen und Nutzern laufen spätestens im Jahr 2029 aus, weshalb die Stadt für dieses 17 Hektaren grosse Areal mit seinen denkmalgeschützten Bauten bis Mitte 2021 eine Nutzungsstrategie erarbeiten möchte. Gleichzeitig eröffnet das attraktive gelegene Areal diverse alternative zukünftige Nutzungsmöglichkeiten wie zusätzlichen Schul- und Freiraum, eine öffentlich zugängliche Markthalle, Food-Cluster mit ergänzenden Angeboten mit kleineren Lebensmittelproduzenten oder die Schaffung von Flächen und Infrastruktur für partizipatives Gewerbe, die anstelle des bereits bestehenden Schlachtbetriebes entstehen könnten. Diese Beispiele einer möglichen Nutzung sind nicht abschliessend; der Stadtrat hat zur Sammlung von zukünftigen Nutzungsinteressen im Dezember 2019 einen Mitwirkungsprozess mit einem sog. Echoraum für die heutigen Mietenden, die Quartierbevölkerung, das Gewerbe und weitere Interessierte veranstaltet. Ein zweiter, für den Frühling 2020 vorgesehener Echoraum-Anlass wurde wegen der Covid-19-Situation ohne Nennung eines Termins verschoben oder abgesagt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Inwiefern lässt die jetzige Zonierung (IG-/W5-Zone) künftig auch andere Nutzungen wie Schulen, Kultur und Freiraum zu, wie dies der Kommunalem Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen (SLÖBA) vorsieht? Wie würde sichergestellt, dass sich diese konfliktträchtigen Nutzungen auf dem Areal vereinen lassen? Welche Nutzungen sind gemäss dem Kant. Richtplan in diesem Arbeitsplatzgebiet zulässig?
- Gemäss Kommunalem Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen (SLÖBA) besteht auf dem angrenzenden Areal zwischen Hohl-, Freihof-, Basler- und Hardgut-Strasse Bedarf nach Schulraum (neue Schulanlage, 18'000 m2).
 Wie beurteilt der Stadtrat die Realisierung von Schulraum auf dem Schlachthofareal?
- Der heutige Schlachthof wurde 1909 in Betrieb genommen und 1985 zuletzt umfassend erneuert. Anlässlich der Echoraumveranstaltung am 9. Dezember 2019 wurde von der Stadtentwicklung Zürich (STEZ) kommuniziert, dass ein Grossteil der Bauten und der Umgebung unter kantonalem Denkmalschutz stehe.
 - Was sind die Rechtswirkungen einer Inventarisierung? Welche Möglichkeiten bestehen für Umbauten auf dem Areal für die inventarisierten Gebäude? Welche Umnutzungen und bis zu welchen Grad sind für die inventarisierten Gebäude möglich?
- 4. Wie sieht der momentane Projektstand und der aktualisierte Zeitplan aus? Wann ist die 1. Phase der Nutzungsstrategie-Definition abgeschlossen? Von welchen künftigen Nutzungen geht der Stadtrat aktuell aus? Wann fällt der Stadtrat den definitiven Nutzungsentscheid. Wieso werden Nutzungsstrategie und Bebauung nicht zusammen erarbeitet?
- 5. Mit welcher Überlegung wurden Organisationen und Verbände aus dem Quartier/Nachbarschaft eingeladen? Wie und inwiefern wurden die im Rahmen des partizipatorischen Verfahrens formulierten Anliegen in die Nutzungsplanung aufgenommen? Welche Anliegen und Interessen wurden wie priorisiert?
- 6. Wann findet der zweite Echoraum-Anlass statt? Inwiefern kann die künftige Nutzungsplanung dann noch mitgestaltet werden?
- 7. Welche künftige Entwicklung der Fleischwirtschaft erwartet der Stadtrat? Welche Auswirkung hat diese Entwicklung auf die Stadt Zürich und den Schlachtbetrieb? Inwiefern erachtet der SR einen Schlachthof an diesem Standort als zeitgemäss?
- 8. Der SBZ Schlachtbetrieb Zürich AG und die Metzgerei Angst AG möchten gemäss eigenen Aussagen auf dem Schlachthof-Areal bleiben.
 Ist die Stadt verpflichtet, für die SBZ AG und die Angst AG einen Alternativstandort zu präsentieren?
 Wenn ja, worauf stützt sich diese Pflicht? Ist ein Weiterbetrieb der SBZ AG vereinbar mit dem Klimaziel
- 9. Wie fliesst eine Zwischennutzung in die Nutzungsstrategie ein?

Mitteilung an den Stadtrat

Kenntnisnahmen

3255. 2020/116

SK SD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Ezgi Akyol (AL) für den Rest der Amtsdauer 2020–2022

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 23. November 2020):

Willi Wottreng (AL)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

3256. 2020/348

Schriftliche Anfrage von Marco Denoth (SP) und Markus Kunz (Grüne) vom 26.08.2020:

Restwassermengen im Gebiet der Kraftwerke Mittelbünden, grundsätzliche Haltung zu den Restwassermengen und Einhaltung der strengeren Vorgaben für Konzessionen nach 1992 sowie Kriterien und Vorgehen betreffend Sicherstellung von genügenden Wassermengen für Flora, Fauna und Wassersportler

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1045 vom 11. November 2020).

3257. 2020/349

Schriftliche Anfrage von Maria del Carmen Señorán (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 19.08.2020:

Häusliche Gewalt während der COVID-19-Zeit, Entwicklung während und nach dem Lockdown in der Stadt Zürich und Vorgehen der Polizei und der involvierten Institutionen sowie mögliches Optimierungspotenzials bezüglich den Prozessen und der besseren Hilfe für die Opfer

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1041 vom 11. November 2020).

3258. 2020/49

Weisung vom 05.02.2020:

Immobilien Stadt Zürich, Ersatzneubau der Schulanlage Triemli B und C und Erweiterung der Schulanlage In der Ey, Quartier Albisrieden, Projektierungskredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 9. September 2020 ist am 16. November 2020 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 2. Dezember 2020.

Nächste Sitzung: 2. Dezember 2020, 17 Uhr.